



Mogelpackung

Angeblich haben die Vorsitzenden von SPD, Grünen und FDP eine ganz Nacht lang verhandelt, um einen Plan zu entwickeln, die Bürgerinnen und Bürger von den hohen Energie- und Lebenshaltungskosten zu entlasten. Was dabei herausgekommen ist, sieht eher nach einer Mogelpackung aus. Zu Ende gedacht sind einige Punkte auch nicht.

Nur eines wird in dieser Krise deutlich, Milliarden spielen keine Rolle. Während in Berlin Senat und Abgeordnetenhaus kleinteilig den Haushalt beraten, werden auf Bundesebene die nicht vorhandenen Milliarden nur so rausgehauen. 15 Milliarden wurden schon vor vier Wochen beschlossen, jetzt folgt noch einmal der gleiche Betrag. Es ist sehr löblich, wenn uns die Regierung von den Steuern, die wir bereits bezahlt haben, wieder etwas erstattet, aber ein bisschen mehr nachdenken könnte nicht schaden.

Erwerbstätige sollen eine „Energiepauschale“ von 300 Euro bekommen. Wurde zuerst davon gesprochen, dass Rentner nichts bekommen sollen, so zitiert heute die **Berliner Morgenpost** „Regierungsangaben“, wonach auch die Senioren den Zuschuss bekommen sollen. Und auch an die Selbständigen wird gedacht, die „einen Vorschuss über eine einmalige Senkung ihrer Einkommensteuervorauszahlung“ erhalten sollen. Jetzt kommt das ABER: Der Zuschuss muss versteuert werden. Übrigens: auch viele Rentner sind steuerpflichtig. Das heißt: etwa die Hälfte des Zuschusses geht wieder zurück in die Staatskasse. Was für ein Unsinn und was für eine zusätzliche Belastung der Finanzämter, die das alles im Auge behalten müssen.

Man könnte auch einen steuerfreien Nettozuschuss auszahlen, aber an wen? Schließlich gibt es genügend Erwerbstätige, Selbständige und Rentner, die sich die gestiegenen Preise leisten können. Gerechtere wäre, eine Einkommensgrenze festzulegen und an alle, die darunter fallen einen steuerfreien Zuschuss zu gewähren. Ja, auch das wäre kompliziert und aufwendig durchzuführen. Eine Differenzierung zwischen denen, die sich die hohen Kosten leisten können und denen, die es hart trifft, ist schwierig. Es bliebe nur ein Weg, von dem alle profitieren, und dieser heißt Mehrwertsteuersenkung. Das hatten wir schon mal vom 1. Juli bis 31. Dezember 2020, von 19 auf 16 bzw. 7 auf 5 Prozent. Es gibt unterschiedliche Angaben darüber, wie effektiv diese Maßnahme war, sie wäre aber der unkomplizierteste

Weg, sofort zu helfen, von 19 auf 14 Prozent und den ermäßigten Steuersatz ganz streichen.

Sinnvoll erscheint der Familienzuschuss von 100 Euro, der über die Familienkassen ausgezahlt werden soll. Was es allerdings bedeutet, dass er auf den Kinderfreibetrag angerechnet wird, sieht auch wieder nach Mogelpackung aus.

Nicht auf die Regelsätze angerechnet werden sollen die Einmalzahlungen für Empfänger von Sozialleistungen, sie sollen 200 Euro bekommen.

An die Autofahrer wird auch gedacht. Die Energiesteuer wird für drei Monate gesenkt. Der Benzinpreis, zitiert die Morgenpost Finanzminister Lindner, wird um 30 Cent beim Benzin und 14 Cent bei Diesel gesenkt.

Was den ÖPNV betrifft, so ist das Ergebnis der nächtlichen Ampel-Beratung kein großer Wurf. Für drei Monate jeweils ein 9-Euro-Ticket anbieten zu wollen, ist ziemlich Unsinn. Der einfachste Weg wäre, Busse und Bahnen für drei Monate vollkommen kostenfrei anzubieten und bei den Monats- bzw. Jahreskarteninhabern für diese Zeit keine Abbuchungen vom Konto vorzunehmen.

Wer nun denkt, nächste Woche, am 1. April geht's los, irrt natürlich. Unter Berufung auf „Koalitionskreise“ berichtet die **Bild-Zeitung**, dass mit dem Start frühestens zum 1. Juni gerechnet werden könne. „Grund sei, dass Teile der Vereinbarungen als Gesetze sowohl von Bundestag und Bundesrat beschlossen werden müssen. Damit rutsche eine endgültige Verabschiedung in den Monat Mai.“

Da hilft es auch nichts, wie der **rbb** meldet, dass Verkehrsministerin **Bettina Jarasch** (Grüne) „das geplante 9-Euro-Monatsticket für den Nahverkehr zügig umsetzen“ will. Für Berlin entstünden offenbar Kosten in Höhe von 50 Millionen Euro. Diese könnte Berlin kaum noch in die laufenden Haushaltberatungen einbringen.

Jeder kleine Schritt würde helfen, die Energiekosten zu senken. „Allein die Einführung eines Tempolimits von 100 km/h auf Autobahnen würde den Kraftstoffbedarf um zwei Millionen Tonnen pro Jahr senken. Das entspräche einem Anteil am Benzin- und Dieselabsatz in Deutschland von 3,8 Prozent und einem Anteil an den Mineralölimporten von 2,1 Prozent.“ Klingt wenig, wäre aber ein Anfang, der mit einem FDP-Verkehrsminister kaum möglich ist. Ein Umdenken wird vermutlich erst dann einsetzen, wenn Putin alle Hähne abdreht. Quellen: Berliner Morgenpost, RND

Ed Koch